



FÜR ÖSTERREICH MIT HERZ UND SEELE

“SO WAHR MIR GOTT HELFE”

NORBERT HO~~F~~ER
BUNDESPRÄSIDENT

Stichwahl:

**Jede Stimme
zählt** Seite 2/3

Bilanz:

**Ein Jahr
ÖVP-FPÖ** Seite 4

Asyl:

**Falsches
Zahlenspiel?** Seite 6

Gutachten:

**Deutschpflicht
machbar** Seite 8

Norbert Hofer: „Ich werde mich nicht verstellen und gehe meinen Weg weiter wie bisher“



4. Dezember:

Nutzt aktiv das Wahlrecht

Nach Ansicht von Bundespräsidentschafts-Kandidat Norbert Hofer wird es bei der anstehenden Stichwahl am 4. Dezember wieder sehr knapp. Der dritte Wahlgang sei die dritte Chance ruft Hofer die Bürger auf, vom Wahlrecht aktiv Gebrauch zu machen. „Am Ende zählen nicht Umfragen, sondern das Ergebnis am Wahltag. Ich kann nur betonen: Es kann wieder sehr, sehr knapp werden und daher muss man wählen gehen!“

Aus Sicht des FP-Kandidaten habe der Bundespräsident wichtige Aufgaben. Eng sei auf alle Fälle der Kontakt mit der Bundesregierung, mit dem Parlament und den Landeshauptleuten. „Aus politischen Gründen ist es dem Präsidenten auch möglich, Staatsverträge wie TTIP und CETA abzulehnen. Ich habe bereits öfter angekündigt, dass ich das machen werde und bleibe dabei“, unterstreicht Hofer, dass das Präsidentenamt vor allem auch in Krisenzeiten eine ganz wichtige Rolle spielt. „Ich bleibe meiner Linie treu und verbiege mich sicher nicht“, hebt Hofer hervor, dass in den letzten Wochen jene

Themen, die er vor der letzten Wahl angesprochen hatte, auch tatsächlich eingetreten seien. „Seien es TTIP und Ceta oder aber die Tatsache, dass das Bundesheer mehr Geld braucht.“ Die Flüchtlingswelle habe Österreich große Probleme bereitet, die Menschen sind in Sorge – auch wegen der übertriebenen Zuwanderung.

„Werde ich zum Bundespräsidenten gewählt, will ich sicherstellen, dass die Bundesregierung nach den Kriterien der Vernunft handelt“, prophezeit Hofer, dass genau das Gegenteil passieren werde, wenn sein Mitbewerber gewinnt.

Macht braucht Kontrolle – mit diesem Motto will Norbert Hofer als Präsident sich die Arbeit der Regierung genau ansehen. „Die Regierung ist rot geführt, der ORF ist rot, die Länder entweder rot oder schwarz, das zieht sich bis in den Rechnungshof. Daher ist es ganz gut, wenn beim Bundespräsidenten einmal ein Kontrapunkt gesetzt wird“, zeigt Hofer auf. Sicherheit sei ein weiteres Kernthema. „Österreich braucht mehr Sicherheit heißt für mich, dass die Bürger ein Recht darauf haben und wir alles daran setzen müssen, dass unser Land wieder sicher wird. Dazu gehört auch, dass die EU-Außengrenzen kontrolliert werden.“



Schluss mit der Sozialromantik

Die Asylkosten drohen in den kommenden Jahren zu explodieren und belasten die Länderbudgets weiter. Bereits vor der Asylkrise war die Haushaltslage in vielen Bundesländern angespannt, nach der Flüchtlingswelle im vergangenen Jahr wird sie zunehmend aussichtslos.

Anstatt eine Einwanderungspolitik im Sinne der Österreicher zu betreiben, wurde eine hochriskante Politik des „Durchwinkens“ betrieben. Diese Vogel-Strauß-Politik rächt sich nun.

In einer Zeit, in der die schlichten Notwendigkeiten der Finanzierung der enormen Asylkosten jegliche Sozialromantik der Willkommensklatzcher zerstört, ist es Zeit, Vorsorge zu treffen. Oberösterreichs Landesregierung hat hierzu mit der Kürzung der Mindestsicherung einen ersten Schritt getan.

Asylanten, die in ihrem Leben noch nie in unser Sozialsystem eingezahlt haben, sollen auch weniger Geld bekommen. Damit soll nicht nur die Attraktivität Oberösterreichs für Wirtschaftsflüchtlinge gesenkt werden, sondern auch die Perspektive für einen soliden Landeshaushalt erhalten werden. Mindestsicherung soll vor allem eine Hilfeleistung in einer Notlage und kein Lebensstil und erst recht keine soziale Hängematte sein. Betrachtet man die befürchtete Explosion der Asylkosten in den kommen-

den Jahren, besteht verantwortungsvolle Politik auch darin, ideologische Scheuklappen abzulegen und mit wirkungsvollen Maßnahmen unseren Sozialstaat zu erhalten.

■ „Ich gehe meinen Weg weiter wie bisher“

Im Zusammenhang mit der Wahlwiederholung verteidigt Hofer die Entscheidung, die Wahl angefochten zu haben, da es so viele und vor allem schwerwiegende Unregelmäßigkeiten bei der Auszählung der Briefwahlstimmen gab. Der Wählerwille müsse auf jeden Fall eingehalten werden, so Hofer. Seine Pläne für den erneuten Wahlkampf sind ganz klar: „Ich werde mich nicht verstellen. Ich gehe meinen Weg weiter wie bisher, das ist für mich das Allerwichtigste“, so der FPÖ-Kandidat.

■ CETA-Abkommen nur mit Bürger-Votum

Norbert Hofer stellt auch eindeutig klar, dass er das CETA-Abkommen nicht ohne ein Bürger-Votum unterschreiben wird. Es seien vor allem die von CETA vorgesehenen privaten Schiedsgerichte, die dem FPÖ-Kandidaten ein Dorn im Auge sind.

Dadurch sei es nämlich möglich, die Staaten zu klagen, wenn diese nicht im Interesse von Konzernen handeln. „Ich werde so entscheiden, wie es die österreichischen Bürger wollen und ein demokratisch gewählter Politiker darf sich vor so einer Bürgerentscheidung nicht fürchten“, stellte Hofer klar. Ein Austritt Österreichs aus der EU wäre laut Hofer im Moment ein falscher Weg. Vielmehr müssten die Fehlentwicklungen innerhalb der EU korrigiert werden. Dazu benötige man aber eine Partnerschaft mit anderen EU-Staaten, um gemeinsam stärker innerhalb der EU auftreten und so eine bessere Zukunft für Österreich garantieren zu können. „Wir brauchen eine subsidiäre Union, um den einzelnen Mitgliedstaaten wieder mehr Rechte innerhalb der EU einräumen zu können. Meine Aufgabe wird es sein als Bundespräsident, gemeinsam mit Österreich einen Beitrag zu leisten, damit diese Europäische Union besser und zukunftsfähiger wird“, so Hofer.



LH-Stv. Dr. Haimbuchner

Asyl: 2,5 Mio Euro Reingewinn für NGOs

Bis dato wurde vehement bestritten, dass die Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Asylwerbern auf Kosten der österreichischen Steuerzahler ein lukrativer Geschäftszweig von privaten Unternehmen ist. Kürzlich wurde bekannt, dass die Betreuungsfirma ORS im Jahr 2015 das wohl beste Geschäftsjahr hatte:

Wurden 2014 in neun Quartieren mit 203 Mitarbeitern Asylwerber betreut, so gab es Ende 2015 mehr als 800 Mitarbeiter in 38 Betrieben. Der Umsatz wurde verdreifacht und es wurde mit 2,5 Millionen Euro mehr als das Doppelte an Gewinn erzielt.

„Jetzt kommen die Gewinner der Krise langsam ans Licht. Natürlich wird nach außen hin die Freude darüber unterdrückt, dass so viele Flüchtlinge kamen und noch kommen werden. Aber es ist offensichtlich: der Rubel rollt“, stellt FPÖ-Klubobmann Ing. Herwig Mahr fest. So warb etwa ein privater Asylheimbesitzer – der Kirchenwirt in Altmünster – beim Verkauf seines Hauses kurzzeitig mit der tollen Gewinnaussicht von 70.000 Euro durch die Flüchtlingsunterbringung. Und trotz momentan 800 freien Plätzen für die Unterbringung, erhöhte Grünen-Landesrat Anschober die Zahl der Quartiere um weitere zehn.

Es sei, betont Mahr, „völlig inakzeptabel, dass Gewinne im Flüchtlingsbereich für NGOs oder Private nicht offen gelegt werden müssen. Das ist kein verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeld. Aber scheinbar ist das der Bundesregierung und Integrationslandesrat Anschober egal. Wir brauchen ein Umdenken in der gesamten Flüchtlingspolitik.“



Ein Jahr Schwarz-Blau:

LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner
mit LH Dr. Josef Pühringer

Oberösterreich weiterentwickeln

Seit einem Jahr gilt in Oberösterreich das Arbeitsübereinkommen zwischen FPÖ und ÖVP. In dieser Zeit hat sich die politische Landschaft stark verändert. Im Rahmen einer Pressekonferenz wurde eine positive Bilanz gezogen.

Innere Reformen umgesetzt werden. So etwa die Kürzung der Mindestsicherung von Asylwerbern, die Verlängerung der Straßenbahn nach Traun oder eine transparentere Finanzpolitik – gerade im Bereich der Sozialpolitik und der Förderungen. Der freiheitliche Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner unterstreicht dabei, dass die Veränderung nicht von einem Tag auf den nächsten kommen könne, sondern ein schrittweiser Prozess sei. Denn die Politik sei „die Kunst des Möglichen“. „In diesem Sinne wurden Gemeinsamkeiten erarbeitet und Lösungen gefunden, die im Arbeitsübereinkommen niedergeschrieben wurden. Die ersten Schritte sind getan und die nächsten werden folgen“, resümiert Haimbuchner, der von einer „Erfolgsgeschichte trotz miesel-süchtiger Unkenrufe“ spricht.

Das gemeinsame Ziel bei der Zusammenarbeit mit der ÖVP sei dabei klar: „Es geht darum, unsere Heimat zu sichern“, unterstreicht Haimbuchner.

„Wir können auf das Klima in der Zusammenarbeit stolz sein, gemeinsam arbeiten wir für unsere Heimat und die Zustimmung in der Bevölkerung ist sehr groß.“

Auch der FPÖ-Klubobmann Herwig Mahr lobt die erfolgreiche Zusammenarbeit. Nur eine verantwortungsvolle Politik, die ehrlich und konsequent sei, würde den Erfolg mit sich bringen. „Wir stehen zu unserem Wort, sprechen Probleme offen an und setzen rasch konkrete Maßnahmen um. Das schwarz-blaue Arbeitsübereinkommen wird mit Sicherheit auch in den kommenden Jahren zu positiven Veränderungen für unsere heimische Gesellschaft führen“, so Mahr.

Asylwerber: Straftaten steigen 2016 an

Jetzt haben wir es schwarz auf weiß: Der Zustrom von Asylwerbern nach Österreich sorgt für mehr Kriminalität. Im Innenausschuss des Nationalrats hat VP-Innenminister Sobotka im Oktober eingestanden, dass er mit einem deutlichen Anstieg der Straftaten von Asylwerbern im heurigen Jahr rechnet. Damit räumt ein ranghoher Regierungspolitiker erstmals mit dem in linken Kreisen oft verbreiteten Märchen auf, dass sich die vielen Asylwerber nicht auf die Kriminalitätsrate auswirken würden.

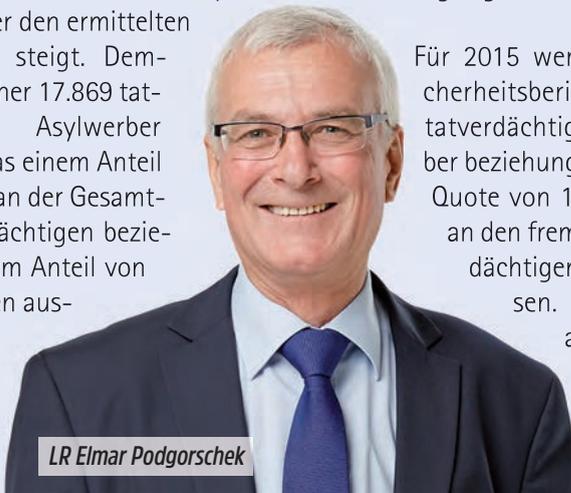
Laut Sobotka zeigen aktuelle Daten von 2016, dass die Zahl der Asylwerber unter den ermittelten Tatverdächtigen steigt. Demnach wurden bisher 17.869 tatverdächtige Asylwerber ausgeforscht, was einem Anteil von 8,4 Prozent an der Gesamtzahl der Tatverdächtigen beziehungsweise einem Anteil von 21 Prozent an den ausländischen Tatverdächtigen entspricht. 2012 sei die

letztgenannte Quote noch bei zehn Prozent gelegen.

Für 2015 werden im Sicherheitsbericht 14.458 tatverdächtige Asylwerber beziehungsweise eine Quote von 15,5 Prozent an den fremden Tatverdächtigen ausgewiesen. Besonders auffällig ist Sobotka zufolge die hohe

Zahl der Suchtmitteldelikte von Asylwerbern aus den Maghreb-Staaten und insgesamt vom afrikanischen Kontinent.

„Angst, Misstrauen und Kriminalität dürfen unsere Heimat nicht beherrschen. Das Ziel unseres Staates muss sein, der Bevölkerung ein sicheres Umfeld zu schaffen. Es ist an der Zeit, dass auch die Bundesregierung erkennt, dass man bei diversen Problemen und Ursachen nicht mehr wegsehen kann“, sagt Oberösterreichs FPÖ-Sicherheitslandesrat Elmar Podgorschek.



LR Elmar Podgorschek

667 mdj. Flüchtlinge kosten 20 Mio. jährlich

Mitte Oktober waren 667 „unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ (UMF) in Oberösterreich. Deren Betreuung in der Grundversorgung kostet jährlich zwischen 19,7 und 21 Millionen Euro. Das geht aus der Beantwortung einer FPÖ-Anfrage durch Grünen-Landesrat Rudolf Anschöber hervor. Rund 400 der 667 UMF sind männliche Jugendliche zwischen 16 und 17 Jahren aus Afghanistan, die in Oberösterreich gelandet sind. Lediglich 60 stammen aus Syrien und nur 28 Flüchtlinge im Jugendalter sind Mädchen.



FFPÖ-Klubobmann Herwig Mahr sieht diese Flüchtlingskategorie als „Kostentreiber“ und ortet Handlungsbedarf. „Zwar machen die UMF von den 13.200 grundversorgten Asylwerbern in Oberösterreich nur einen kleinen Teil aus.

Teuer ist es trotzdem. Die sich aktuell ergebenden Kosten für 667 Personen liegen zwischen 19,7 und 21 Millionen Euro im Jahr“, argumentiert Mahr.

Quote wird derzeit nicht erfüllt

Der grüne Integrationslandesrat geht davon aus, „dass sich die Anzahl der UMF bis Ende 2016 als auch bis Ende 2017 konstant halten wird“. Klubchef Mahr hingegen bezweifelt diese optimistische Einschätzung: „Anschöber hat nicht berücksichtigt, dass Oberösterreich derzeit die Quote nicht erreicht und dieses Ziel nach wie vor Gültigkeit hat.“

Der prozentuelle Verteilungsschlüssel für Asylwerber unter den Bundesländern schreibt für Oberösterreich 16,74 Prozent

vor, was genauso auch auf die UMF anzuwenden ist. Derzeit werden aber in Oberösterreich im Rahmen der Grundversorgung nur 11,5 Prozent der österreichweit vorhandenen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge betreut. Die Quote ist also erst zu gut zwei Drittel erfüllt.



Klubobmann Herwig Mahr



Altenpflege: Dringender Handlungsbedarf

Prognosen zufolge muss unser Gesundheitssystem in den nächsten 24 Jahren mit 60 Prozent mehr pflegebedürftigen Menschen rechnen.

Um auf diesen Handlungsbedarf im Pflegewesen zu reagieren, fordern die Freiheitlichen jetzt ein entsprechendes Maßnahmenpaket. Dazu zählt die Schaffung einer Pflegelehre und ein verstärktes Angebot an mobilen und alternativen Pflege- und Betreuungsformen, die vor allem leistbar sein müssen.

„Den steigenden Bedarf an Pflegepersonal dürfen wir keinesfalls aus den Augen verlieren“, betonte FPÖ-Sozialsprecherin LAbg. Ulrike Wall im Vorfeld des Tages der Altenarbeit am 7. Oktober. Es sei wichtig, die Leistungen des Pflegepersonals ebenso aufzuzeigen, wie auch die Herausforderungen, vor denen unser Gesundheitssystem stehe. In den rund 125 oberösterreichischen Alten- und Pflegeheimen arbeiten etwa 10.000 Beschäftigte, davon mehr als 6.000 direkt in der Pflege und Betreuung. Sie kümmern sich um knapp 12.000 Menschen.

Falsches Zahlenspiel:

Asylkosten um 62 Millionen höher

Das Land OÖ hat sich im Vorjahr bei der Erstellung des Budgets für die Grundversorgung von Asylwerbern ordentlich verrechnet. Ursprünglich wurden im Landesbudget „nur“ 55 Millionen Euro dafür reserviert. Dass das nicht einmal annähernd genug ist, weiß man nun seit Mitte Oktober: Die Summe muss mehr als verdoppelt werden – auf insgesamt 117 Millionen Euro. Und für das kommende Jahr sind bereits 140 Millionen Euro vorgesehen.

Auch wenn das Land OÖ 60 Prozent dieses Geldes vom Bund bekommt, handelt es sich dabei genauso um Steuergeld. Zusätzlich dauert es oftmals bis zu sechs Monate, bis das Geld von Wien in Oberösterreich angekommen ist. Faktum ist, dass trotz Refundierung das Land Oberösterreich noch mit Kosten von knapp 50 Millionen Euro für die Grundversorgung der 13.350 in Oberösterreich lebenden Flüchtlinge aufbringen muss. Laut Landeshauptmann Josef Pühringer (ÖVP) werde die Finanzierung der explodierenden Asyl-Kosten immer schwieriger. Das Land OÖ „borgt“ dem Bund immerhin 67 Millionen Euro allein in diesem Jahr.

Staatsschulden steigen durch Einwanderung massiv

Auch eine vom Fiskalrat in Auftrag gegebene Studie zeigt auf, dass die Kosten der unverantwortlichen Politik der offenen Grenzen die österreichischen Steuerzahler weit teurer kommen, als SPÖ und ÖVP bisher eingestanden haben. Jeder abgewiesene Flüchtling würde Österreich 277.000 Euro sparen. Aufgrund der Flüchtlingszuwanderung steigen die Staatsschulden bis 2060 durchschnittlich um 43,5 Millionen Euro pro Monat.

„In allen anderen Bereichen regiert der Rotstift, die Bürger haben aber das Gefühl,

dass die Bundesregierung den Migranten die Milliarden geradezu hinterher wirft“, kritisiert FPÖ-Landesparteiobmann und Landeshauptmann-Stellvertreter Manfred Haimbuchner.

„Unsere Forderung ist klar: Die Grenzen müssen geschlossen werden. Denn derzeit strömt das Steuergeld der Bürger in die falsche Richtung“, so Haimbuchner.



LH-Stv. Dr. Haimbuchner

Prävention für Elementarschäden **wird verbessert**

Die jüngste Unwetterbilanz zeigt klar, dass in den letzten Jahren die Auswirkungen und Schäden durch Unwetter stark zugenommen haben. Nicht nur die Hochwasserkatastrophen in den Jahren 2002 und 2013 sind hier zu nennen, sondern auch kleinräumige Wetterereignisse, wie Gewitter, Blitzschläge, Hagelschläge oder Murenabgänge. Derartige Unwetter hat es in unseren Breiten schon immer gegeben, die dabei verursachten Auswirkungen haben aber zuletzt signifikant zugenommen und Spitzenwerte bei den Schadenssummen erreicht. Das Land Oberösterreich will daher seine Präventionsarbeit gegen Elementarschäden verbessern.

Ziel soll es sein, dass Schäden mittels Vorsorgemaßnahmen soweit reduziert werden, dass sie sich auf ein kalkulierbares und somit zu versicherndes Ausmaß beschränken. „Dazu braucht es das gemeinsame Engagement aller beteiligten Gruppen – von den Gebäudebesitzern über die Versicherungen bis hin zur öffentlichen Hand und der Landespolitik“, betont Sicherheitslandesrat Elmar Podgorschek. Die wichtigsten Felder der Präventionsarbeit, die innerhalb



des Elementarschaden Präventionszentrums (EPZ) koordiniert werden, sind vor allem eine Anpassung der Bauvorschriften, der Versicherungen und eine verstärkte Grundlagen- und Ursachenforschung, um etwa besonders gefährdete Gebiete zu identifizieren. Die Wichtigkeit dieser Präventionsarbeit wird von Podgorschek unterstrichen: „Erst über mögliche Gefahren nachzudenken, wenn diese bereits eingetreten sind, ist die falsche Her-

angehensweise. Vielmehr sollten bereits im Vorfeld verschiedenste Szenarien durchgedacht werden, um auf den Ernstfall vorbereitet zu sein. In Oberösterreich haben wir ein dichtes Netz an gut ausgebildeten und ausgestatteten Feuerwehren, welche im Ernstfall helfen können. Ziel muss es jedoch sein, Elementarschäden vorzubeugen und Vorkehrungen zu treffen, damit diese gar nicht erst eintreten. Natürlich müssen auch der Bund und das Land Schutzprojekte fördern und umsetzen, wenn diese notwendig sind.“

Asylunterkünfte: **Übergriffe auf Christen**

In Flüchtlingsunterkünften werden Christen und Jesiden zunehmend Opfer von gewalttätigen Übergriffen durch Muslime. Das christliche Hilfswerk „Open Doors“ hat alleine in Deutschland 743 Fälle von Diskriminierung dokumentiert. In österreichischen Flüchtlingsheimen sei die Situation laut „Open Doors“ vergleichbar, wobei das Problem kaum wahrgenommen werde.

Mehr als die Hälfte der Befragten berichteten von Körperverletzungen, 314 von Todesdrohungen gegen sie selbst oder ihre Familien. Viele berichteten von sexuellen Übergriffen, Beleidigungen und psychisch belastender Abwertung. In mehr als 600 Fällen seien muslimische Flüchtlinge die Täter gewesen, in rund 200 Fällen Angehörige des meist muslimischen Wachpersonals. Aus Angst vor Racheakten haben sich nur wenige der Polizei anvertraut.

Laut Einschätzung von „Open Doors“-Direktor Markus Rode handelt es sich bei den aufgezeigten Fällen „nach wie vor nur um die Spitze des Eisbergs“. Man gehe von einer „enormen nicht dokumentierten Dunkelziffer“ aus. Er fordert „Schutzmaßnahmen“ für Christen und Angehörige anderer religiöser



Minderheiten. Die Kernforderungen: eine dezentrale Unterbringung der Opfer von Diskriminierung und mehr nicht-muslimisches Wachpersonal in den Flüchtlingsunterkünften. Wenn eine dezentrale Unterbringung nicht möglich sei, müssten Minderheiten zusammengelegt werden, damit ihr Verhältnis im Vergleich zu Muslimen „in etwa gleich ist“.

FPÖ-Bundesrat Michael Raml spricht sich angesichts der alarmierenden Zahlen ebenfalls für den Schutz von Min-

derheiten in Asylunterkünften aus: „Ich fordere als gläubiger Katholik mit Nachdruck die ‚christliche‘ Volkspartei auf, diese Christen vor Übergriffen in unserem Land zu schützen. Das für die Betreuung von Flüchtlingen zuständige Innenministerium ist gefordert.“ In letzter Konsequenz seien für ihn auch Abschiebungen denkbar. „Wer einerseits vorgibt Schutz zu suchen, gleichzeitig aber andere Flüchtlinge wegen ihres Glaubens schikaniert, hat in Wahrheit sein eigenes Schutzrecht verwirkt“, so Raml.



Urfahrer Jahrmarkt:

Aus für 1. Mai-Veranstaltung?

Seit dem Jahr 1817 gibt es zwei Mal im Jahr in Linz an der Donau den Urfahrer Jahrmarkt. Nunmehr überlegt man vor dem anstehenden 200-Jahr-Jubiläum im kommenden Jahr Änderungen und Reformen bei dieser Traditionsveranstaltung. Unter anderem wird in Linz darüber diskutiert, als Neuausrichtung auch die jährliche 1. Mai-Veranstaltung, die mittlerweile für die FPÖ schon traditionell in Oberösterreich stattfindet, auszusperrten. Unter dem Argument, dass man daran denken müsse, „was passiere, wenn einmal verschiedene politische Gruppierungen aufeinander treffen würden“, hat eine Arbeitsgruppe diskutiert. Die Angst muss groß sein, wenn man argumentiert, dass die FPÖ es geschafft habe, mit dem Urfahrermarkt verbunden zu werden...

FREIHEITLICHES BILDUNGSWERK OBERÖSTERREICH | IH FPÖ Oberösterreich, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz; Redaktion: B. Thurner, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz, 0732/736426-31. Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz: FZOÖ – Freie Zeitung Oberösterreich MIH zu 100 %: FPÖ Oberösterreich, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz, Tel.: 0732/736426-0. Vertreten durch Landespartei Vorstand: M. Haimbuchner, G. Deimek, R. Kroiß, R. Haider, A. Kitzmüller, E. Podgorschek, A. Cramer, W. Klinger, H. Mahr, A. Nerat, D. Schiebl, U. Wall, F. Obermayr, W. Ratt, H. Schreiner, D. Wimmer, P. Handlos, M. Gruber, H. Brückl, H. Zöttl, G. Kroiß, G. Steinkellner, E. Schreiner. Grundlegende Richtung: Programm der FPÖ und Beschlüsse der Organe der FPÖ

Gutachten deckt Deutschpflicht an Schulen

Der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes hat dem Wunsch der oberösterreichischen Freiheitlichen nach einer Deutschpflicht in Schulen jüngst eine Absage erteilt. Nun kontern die Blauen mit einem Gutachten, wonach der Maßnahme keine grund- und verfassungsrechtlichen Hindernisse entgegenstehen würden. Die beiden Innsbrucker Verfassungsrechtsexperten Peter Pernthaler und Markus Juranek argumentieren in dem 40-seitigen Gutachten, dass das Grundrecht der „privaten Sprachenfreiheit“ nicht betroffen sei, weil die Kommunikation in der Schule nicht als „Privatverkehr“ einzustufen sei. Die Anordnung der Schulsprache zur Verwirklichung des Bildungsauftrages sei laut Judikatur des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte kein Eingriff in die Privatsphäre.

Da der Staat für die bildungs- und erziehungspolitischen Zielsetzungen verantwortlich sei, sehen die Juristen den Gesetzgeber im Sinne des Kindeswohls geradezu verpflichtet, eine derartige Anordnung zu erlassen, auch wenn es in Einzelfällen Ausnahmen geben müsse. Bisher gibt es in Oberösterreich nur eine – rechtlich nicht bindende – Sprachempfehlung des Landesschulrats für die Schulhausordnungen. „Das Gutachten wurde den anderen Landtagsparteien übermittelt. Und der nächste Schritt muss eine weitere Resolution an die Bundesregierung sein. Mit dem Ziel einer Gesetzesänderung“, sagt FPÖ-Landeschef Manfred Haimbuchner. Die FPÖ will im Schulunterrichtsgesetz den Begriff „Unterrichtssprache“ durch „Schulsprache“ ersetzt haben und die Schulpartnerschaft ermächtigen, die Deutschpflicht verpflichtend vorzusehen. Zudem sollen nach ihrer Vorstellung Lehrer das Erlernen von Deutschvokabeln, Kommunikationsstunden mit Mitschülern oder Deutsch-Förderstunden auftragen können.

Sanktionen schwierig

Auch wenn Deutsch als Schulsprache rechtlich durchgesetzt wird, gestaltet

sich die Sanktionierung in der Praxis schwierig, da Lehrkräfte nicht zu jeder Zeit kontrollieren können, welche Sprachen Schüler am Pausenhof sprechen. Und auch im Fall der Kontrolle stellt sich die Frage nach der Sanktionierung. Auf Nachfrage sagt Haimbuchner, dass Erziehungsmittel wie etwa ergänzendes Lernen von Deutschvokabeln oder zusätzliche Förderstunden angewandt werden sollen. Man müsse dies jedoch als einen positiven Zugang sehen, den kommunikativen Umgang unter Schülern zu verbessern – und nicht als Strafe.

Verständnisschwierigkeiten an Volksschulen

In Oberösterreich hatten im Schuljahr 2015/2016 insgesamt 14.227 Volksschüler Deutsch nicht als Muttersprache. Laut FPÖ-Klubobmann Herwig Mahr sind von diesen Schülern 6.200 „außerordentlich“, was bedeutet, dass sie dem Regelunterricht nicht mehr folgen können. In „Hotspots“, wie seiner Heimatstadt Traun, sei der Anteil solcher Schüler verhältnismäßig noch höher, so der freiheitliche Klubobmann.





Im Infrastrukturressort wurden wichtige Weichen gestellt

Die Einführung der S-Bahn und die Systemstudie Mühlkreisbahn sollen den öffentlichen Verkehr in Oberösterreich fit für die Zukunft machen.

Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs ist für den Großraum Linz unerlässlich, um den zahlreichen Pendlern einen attraktiven und effizienten Weg an Ihr Ziel bieten zu können, stellt Landesrat für Infrastruktur, Günther Steinkellner, fest. Im ersten Jahr Regierungsarbeit wurden klare Maßnahmen gesetzt, um dieses Ziel zu erreichen.

Im Dezember dieses Jahres geht in Oberösterreich erstmals das neue S-Bahn-System auf Schiene. Dabei werden auf fünf Bahnstrecken Züge in einem fixen Grundtakt zum Knotenpunkt Linzer Hauptbahnhof geführt. Die klaren Vorteile bilden sich aus dem einfach zu merkenden Takt (jede Stunde zur selben Minute), der pünktlich gehalten wird und dem Fahrgast somit ein hohes Maß an Flexibilität verschafft. Der durchgängige Takt von ca. 5:30 bis 23:30 wird auch an den Wochenenden gehalten und stellt somit auch eine klare Aufwertung des öffentlichen Verkehrs im Freizeitbereich dar. Zusätzliche Taktverstärkungen in den Stoßzeiten sorgen für einen raschen und

sicheren Weg in die Arbeit und abends zurück zur Familie.

Im Oktober wurde die Studie über die Zukunft der Mühlkreisbahn vorgestellt. In dieser wurden alle bisherigen Planungen und Gutachten zu dieser wichtigen Nebenbahn analysiert, um eine objektive und abschließende Grundlage für den weiteren Betrieb der Mühlkreisbahn zu erhalten. Das Ergebnis spricht sich eindeutig für den Erhalt der Mühlkreisbahn mit neuen Fahrzeugen (sog. Light-Rails) in Normalspur aus und sieht die zukünftige Durchbindung zum Linzer Hauptbahnhof über die Strecke der neuen Linzer Straßenbahn nach vor. Die Pendler aus dem Mühlviertel erhalten dadurch eine eindeutig aufgewertete öffentliche Verkehrsanbindung, um rascher ans Ziel zu ge-

langen. Darüber hinaus wird am Linzer Hauptbahnhof ein Anschluss zum überregionalen Verkehr und damit den Mühlviertlern neue Reisemöglichkeiten geschaffen.

„Durch attraktive Schienenverbindungen wollen wir eine notwendige Alternative zum motorisierten Individualverkehr schaffen und somit auch zu einer wesentlichen Entlastung der Einfahrtstraßen nach Linz beitragen“, bekräftigt Günther Steinkellner.



Mindestsicherung & Urlaub daheim

Der Anführer einer in Wels aufgefliegenen afghanischen Drogenbande ließ sich auf Kosten der Steuerzahler mit der Mindestsicherung aushalten. Dennoch soll er mehrfach auf Heimaturlaub nach Kabul geflogen sein. Als dann mit 1. Juli in Oberösterreich per Landtagsbeschluss die Mindestsicherung für Asylberechtigte von 914 auf 520 Euro gesenkt wurde, meldete er sich in Wien an, wo nach wie vor mehr Geld ausbezahlt wird.



Da die Ermittlungen erst begonnen haben, hält sich die Welser Staatsanwaltschaft noch bedeckt. Ein Sprecher bestätigt aber, dass vier afghanische Verdächtige festgenommen wurden. Sie sollen seit März rund 23 Kilogramm Marihuana nach Wels gebracht und die Ware dann um knapp 80.000 Euro verkauft haben. „Wie kommen die heimischen Steuerzahler dazu, dass sie Drogendealer auf Steuerkosten über die Mindestsicherung finanzieren“, kritisiert FPÖ-Sicherheitslandesrat Elmar Podgorschek. Er fordert nun die Abschiebung des afghanischen Drogenhändlers. „Nicht nur auf Grund der Urlaubsreisen nach Kabul, sondern auch auf Grund seiner Drogenverkäufe muss dieser Asylwerber umgehend in sein Heimatland abgeschoben werden“, so Podgorschek.



Das gibt es nur beim ORF

Nun ist es fix: Ingrid Thurnher wird mit 1. 1. 2017 neue ORF III-Chefredakteurin. Claudia Reiterer folgt ihr als „Im Zentrum“-Moderatorin nach.

So etwas gibt's nur beim ORF. Eine solche Personalentscheidung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist in keinem anderen demokratischen Land der Erde vorstellbar, zeigt sich FPÖ-Generalsekretär und Mediensprecher Herbert Kickl fassungslos über die Bestellung von Claudia Reiterer zur Nachfolgerin von Ingrid Thurnher als Moderatorin der Polit-Talkshow „Im Zentrum“.

■ Reiterer ist Frau von „Van der Bellen“-Lockl

Reiterer ist mit dem Wahlkampfleiter des Grünen-Präsidentschaftskandidaten Alexander Van der Bellen, Lothar Lockl, verheiratet. In der umfangreichen Vorstellung Reiterers in einer aktuellen Aussendung des ORF fehlt freilich jeder Hinweis auf diesen wesentlichen Umstand. „Wer den ORF nur ein wenig kennt, der weiß, dass es sich dabei ganz offensichtlich um die persönliche Abgeltung der grünen Zustimmung

zur Verlängerung der Rotfunk-Ära Wrabetz im ORF handelt“, so Kickl. „Man stelle sich vor, die Ehefrau eines hochrangigen FPÖ-Politikers würde diesen Posten bekommen. Gerade weil Claudia Reiterer eine durchaus professionelle Journalistin ist, hätte sie die Unvereinbarkeit dieses Jobs mit ihrem Privatleben sofort erkennen und das Angebot ablehnen müssen“, wundert sich Kickl über die mangelnde Selbstreflexion. Auch wenn die Bundespräsidentenwahl nun am 4. Dezember stattfinden soll und Reiterer erst am 1. Jänner ihren neuen Arbeitsplatz bezieht, spreche die Postenbesetzung Bände über die interne Beschaffenheit des ORF: „Dass diese Entscheidung jetzt gefallen ist, zeigt ganz deutlich, wie der ORF tickt und was von seiner angeblichen Objektivität und Unabhängigkeit auch im laufenden Bundespräsidentenwahlkampf zu halten ist – nämlich nichts“, so der FPÖ-Medienprecher.



Leben im Familienland Oberösterreich

Die Geburtenraten in Oberösterreich steigen. Für LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner ein Beleg dafür, „dass wir auf einem guten Weg sind. Es ist uns gelungen, Familien ein lebenswertes Umfeld zu bieten.“

Wohnen zu vernünftigen Preisen sei ein Beitrag zu einem positiven Lebensgefühl. „Wir müssen auch dieser Verantwortung gerecht werden“, hebt Haimbuchner hervor, dass zudem die Familien über die OÖ Familienkarte mit allen Angeboten unterstützt werden. „Im Verantwortungsbereich Naturschutz tragen wir dazu bei, dass Oberösterreich in seiner Schönheit und Vielfalt erhalten bleibt. Es ist schön zu sehen, dass sich hier Synergien zwischen den verschiedenen Aufgabenbereichen schaffen lassen“, so LH-Stv. Dr. Haimbuchner weiter.



Familienreferent LH-Stv. Dr. Haimbuchner mit der Familie Wellner



LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner mit Vizebürgermeister Ing. Edgar Mirnig

Wir bauen für Generationen

In Oberösterreich bewegen sich die Kräne. Das ist eindeutig erkennbar. „Durch die stabile Neubauleistung bleibt das Wohnen leistbar und wirkt sich kostendämpfend auf den privaten Sektor aus“, hebt LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner, für Wohnbau zuständig, hervor. Zudem werden Maßnahmen spürbar, die nach den Prinzipien der Wirtschaftlichkeit und vor allem nach der Bedarfsorientierung ausgerichtet sind. „Es bleibt vorrangiges Ziel, mit den vorhandenen Mitteln eine optimale Bauleistung zu garantieren.“

Besonders erwähnenswert ist das Projekt „Junges Wohnen“, das qualitativ hochwertige Mietwohnungen zwischen

30m² und 65m² für junge Singles und Familien vorsieht. Die Wohnungen sind sowohl von Größe als auch punkto Aus-

stattung exakt auf die Zielgruppe abgestimmt. Die Kostendeckelung sorgt für erschwingliche Mieten, damit sich die jungen Bewohner auch wirklich ihre erste eigene Wohnung ermöglichen können. „Das Projekt ist ein voller Erfolg und findet großen Anklang. Für die ersten zwölf Wohnungen in Pregarten gab es dreimal so viele Interessenten“, so Haimbuchner.

Die bautechnischen Vorschriften in OÖ seien streng und zeitgemäß. Unabdingbare Voraussetzung für Förderungen ist die Verwendung nachhaltiger Energiegewinnungssysteme. „Wir tragen alle eine Verantwortung dafür, dass unser Oberösterreich ein lebenswertes und ökologisch intaktes Bundesland bleibt, das sind wir den nachfolgenden Generationen schuldig“, so der FP-Wohnbaureferent. Es sei allerdings nicht immer einfach, den Kriterien gerecht zu werden und trotz immer strenger werdender Vorschriften und Klimazielen den Wohnbau leistbar zu halten. Hier gäbe es permanent Überprüfungen von Vorschriften, damit diese einfach und anwendbar sind – und Doppelgleisigkeiten vermieden werden.

„Engel“ helfen jungen Familien

Eine große Herausforderung sind oftmals die ersten Monate nach der Geburt für Eltern. Fehlt der familiäre Rückhalt und gibt es keine Verwandten, die die Jungfamilie unterstützen, so kann man nun über das Projekt „welcome“ sich helfen lassen.



13 Mitarbeiterinnen helfen im Alltag. Passen auf das Baby auf, gehen mit zum Kinderarzt oder kümmern sich um Geschwister. Die „Engel“ stehen jungen Familien und Alleinerziehenden mit Rat, Tat und Hilfe zur Seite – ehrenamtlich zwei bis drei Stunden wöchentlich für zwei bis drei Monate. Initiiert wurde das Projekt vom Katholischen Familienverband, das Familienreferat Oberösterreich unterstützt. Familienreferent, LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner: „„welcome“ ist eine wichtige Initiative und das Projekt hat mir von Anfang an gefallen. Junge Familien, gerade wenn die Großeltern nicht unterstützend eingreifen können, brauchen unsere Unterstützung, um in der neuen, ungewohnten Situation zu reüssieren. Ich stehe nicht nur sehr gerne als ‚Taufpate‘ für welcome, sondern gerne auch als ‚Firmpate‘ für weitere Stützpunkte zur Verfügung.“



Bauzeitverkürzung auf Steyregger Brücke

Die Steyregger Brücke zwischen Linz und Steyregg musste dringend saniert werden. Sie wies bereits erhebliche Schäden auf, die Arbeiten konnten nicht mehr länger verschoben werden.

Verfehlte Planungen in der Vergangenheit führten dazu, dass die Arbeiten mit dem Abriss der Linzer Eisenbahnbrücke zusammenfielen. Die Sanierungsarbeiten an der Brücke finden aufgeteilt im heurigen und im kommenden Jahr statt – ursprünglich geplant waren diese für

heuer bis in den November. „Es gelang mir, eine Verkürzung der Sanierungsarbeiten zu ermöglichen und somit pünktlich zum Schulbeginn für eine Verkehrsentslastung zu sorgen“, so Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner.



Die tägliche Turnstunde kommt

Mit dem Schuljahr 2017/2018 kommt die tägliche Turnstunde. Gefordert wird diese gesundheitsfördernde Maßnahme von der FPÖ seit mehr als 20 Jahren.

Nunmehr hat die Bundesregierung die dafür notwendigen Finanzmittel zugesagt. „Im Sinne unserer Kinder hat nun auch in Oberösterreich die Vernunft gesiegt.“

Die tägliche Turnstunde wird eine wesentliche Säule der Gesundheitspolitik sein. Dadurch beugen wir schon in jungen Jah-

ren gegen körperliche Schäden wie Übergewicht oder Bluthochdruck vor. Zusätzlich steigert diese pädagogisch wertvolle Maßnahme auch die Konzentration und daher auch den gewünschten Lernerfolg unserer nachfolgenden Generationen“, hebt Klubobmann Herwig Mahr hervor.

Gemeindefusion in Peuerbach:**Vorteile liegen auf der Hand**

Ein Mehrheit der Bevölkerung aus Peuerbach und Bruck-Waasen hat einer Gemeindefusion zugestimmt. Damit haben zwei der drei befragten Gemeinden die Chance einer Zusammenarbeit genutzt.



Lediglich die Bürger von Steegen sprachen sich gegen die Fusion aus. Der zuständige Landesrat Elmar Podgorschek zeigte sich mit dem Ergebnis dennoch zufrieden: „Es war mir von Anfang an wichtig, dass bei möglichen Fusionen die Bevölkerung miteinbezogen wird und durch eine Abstimmung selbst entscheiden kann, was sie möchte. Ich sehe den

Zusammenschluss von Peuerbach und Bruck-Waasen als richtigen Schritt und große Chance für die Region.

Diese Zusammenlegung kann auch für andere Gemeinden durchaus ein positives Signal sein, um über eventuelle Zusammenschlüsse nachzudenken bzw. den Mut für solche Schritte aufzubringen.“

„Neuwahlen, je eher, desto besser“

Zu Gerüchten, dass Ende Mai 2017 neu gewählt werden soll, sagt Bundesparteiobmann HC Strache: Aus FPÖ-Sicht wären Neuwahlen eine Erlösung für Österreich.

„Die Lähmung und die gegenseitige Abneigung von Rot und Schwarz zeigen sich ja immer eindrucksvoller. Deshalb sage ich: Neuwahlen, und je eher, desto besser. Die Regierung ist dem Land nicht mehr zumutbar. Die Reformverweigerung und der Stillstand seitens der Regierungsbank würden den Zustand nicht einmal mehr ansatzweise beschreiben. Mit Wahlen werden die Karten neu gemischt. Und wir sind bereit, mit einem Partner, der guten Willens ist, Österreich auf einen besseren Weg zu bringen“, so Strache.

Schulschikurse: Daheim wedelt es sich besser

Beliebte Sportarten im Winter sind in Österreich Schifahren und Snowboarden. Auch in Oberösterreich gibt es zahlreiche herrliche Schigebiete vom Dachstein bis ins nördliche Mühlviertel.

Um für Schulen einen Anreiz zu stellen, die Schikurse in Oberösterreich abzuhalten, gibt es vom Familienressort des Landes Oberösterreich insgesamt 600.000 Euro. „Durch die Übernahme der Kosten für die Liftkarten wird die Wintersportwoche um rund 100 Euro günstiger“, gibt Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Manfred Haimbuchner bekannt, dass das Land OÖ 50 Euro übernimmt, der Rest wird von den Schigebieten und Liftbetreibern übernommen.

Jährlich fahren im Schnitt 21.000 Schüler aus Oberösterreich gemeinsam auf Schiwoche, etwa knapp die Hälfte verbringt die Woche in Oberösterreich. „Mit dem Wegfall der Kosten für die Liftkarte, günstigeren Quartierpreisen und gerin-

geren Fahrtkosten durch die kürzere Anreise können für die Eltern die Gesamtkosten für diese Schulveranstaltung deutlich reduziert werden“, gehört für Haimbuchner das Schifahren „zu unserer Identität.“ Die EU hat dieses Projekt mit dem renommierten „Euro-



Foto: Hörmandinger

pean Public Sector Award“ ausgezeichnet. Das Land Niederösterreich hat diese sinnvolle Maßnahme bereits kopiert.

„Kinder von heute, die mit Spaß gemeinsam das Schifahren erlernen, sind für Liftbetreiber und Quartiergeber die Kunden von morgen“, nennt der FP-Landeschef auch noch Zahlen: Seit der Einführung im Jahr 2009 konnte eine Steigerung von 30 Prozent bei den Schulschikursen erzielt werden. Allein im vergangenen Winter lernten in unserem Bundesland 9.151 Kinder den Sport. Seit vier Jahren können zudem Volksschüler bis zu drei kostenlose Halbtags-Liftkarten bekommen, wenn der Kurs in einem heimischen Schigebiet stattfindet. Letzten Winter wurden 25.600 Tickets eingelöst.



”

Ich mag ‚Maschinen‘ aller Art und bastle und schraube gerne – als gelernter Flugzeugtechniker kein Wunder. Und als Frühaufsteher kann ich in meinem Büro schon viel erledigen. “



”

Ja, ich bin ein leidenschaftlicher Familiemensch. Meine Frau und meine Kinder geben mir Kraft und Sicherheit und sind mein sicherer Hafen gerade in schweren Zeiten. Und Jessi passt auf uns alle auf. “



Wir Österreicher vertrauen Norbert Hofer, weil nur er ...

- ... uns Österreicher gegen die **Gefahren einer falschen Zuwanderungspolitik verteidigt**. Wir Österreicher haben ein Recht auf unsere Heimat und auf Schutz vor Islamismus und Gewalt.
- ... Österreich **respektvoll und selbstbewusst in der Welt vertritt**.
- Österreich muss souverän sowie selbstbestimmt handeln und soll Partner statt reiner Befehlsempfänger der EU-Kommission sein.
- ... für eine **bürgernahe Europapolitik** eintritt und nicht zulässt, dass wir für die Schulden anderer Länder haften müssen. Österreich muss seine **eigenen Finanzen für künftige Generationen in Ordnung bringen**.
- ... **nicht zulässt, dass unser Sozialsystem missbraucht und zerstört wird**.
- Die Grünen wollen noch mehr Menschen aus dem Ausland nach Österreich holen, die keine Chance auf einen Arbeitsplatz haben und von der Mindestsicherung leben.
- ... **unsere Arbeitsplätze und unsere Betriebe gegen Verdrängung und Lohndumping schützt**. Unsere Betriebe sind erstklassig und unsere Arbeitnehmer leisten echte Wertarbeit. Das soll sich in Zukunft auch wieder lohnen.
- ... dafür sorgt, dass **unser Bundesheer wieder gestärkt** wird und unsere **Polizisten** bei ihrer gefährlichen Arbeit **mehr Unterstützung erfahren**. Unsere Straßen und Plätze sollen wieder sicherer werden.
- ... **Frauen und Kindern besonderen Schutz** zukommen lassen will. Gewalt gegen Frauen und Kinder verdient keine Toleranz.
- ... das **Freihandelsabkommen TTIP nicht unterschreibt** und gleichzeitig unser Recht auf einen umfassenden Gebrauch von Bargeld verteidigt.
- ... sich wirklich für uns einsetzt, anstatt nur davon zu reden. Das gilt für die **Sicherheit der Pensionen**, für ein **leistungsfähiges Gesundheitssystem**, für die **Pflege alter und behinderter Menschen** und für die kommenden Generationen.
- ... für eine **Senkung von Steuern** plädiert, anstatt neue Steuern zu fordern.
- ... weiß, dass **in einer Demokratie die Menschen die höchste Instanz** sind. Politiker folgen erst danach. Deshalb steht er auch für mehr **direkte Demokratie** und gibt den Österreichern damit ihre Stimme zurück.
- ... **die alltäglichen Sorgen der Menschen im Land versteht** und aufgrund seines schweren Unfalls vor vielen Jahren weiß, wie man mit einem Schicksalsschlag umgehen kann.

IN EUREM SINNE ENTSCHEIDEN

NORBERT HO~~F~~ER
BUNDESPRÄSIDENT



Liebe Freunde!

Auf meiner Reise durch Österreich habe ich bisher schon so viele tolle Menschen kennengelernt und mein Herz ist so voll mit unzähligen, unvergessenen Momenten und wunderbaren Erlebnissen mit Euch. Daher habe ich heute eine wichtige Botschaft an Euch alle:

Es ist eine wunderbare, ganz besondere und zutiefst verantwortungsvolle Aufgabe, als Bundespräsident auf unser Land schauen zu dürfen. Ich werde diese Aufgabe mit großem Respekt, Besonnenheit und viel Herzblut ausüben und Euer Vertrauen niemals missbrauchen.

Ich werde in meinem Tun und Handeln immer das Wohl der Österreicherinnen und Österreicher an oberste Stelle setzen.

Ich werde immer darauf schauen, dass Grundprinzipien wie Recht auf Bildung und Recht auf Arbeit für alle jungen Menschen in diesem Land verwirklicht werden.

Ich werde unermüdlich Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut in Österreich unterstützen und mich für eine Förderung der sozialen Gerechtigkeit einsetzen.

Ich werde bei all meinem Handeln Ehrlichkeit, Verlässlichkeit und Respekt an erste Stelle setzen.

Ich werde mich nicht in der Hofburg verstecken, sondern immer wieder hinaus zu den Menschen gehen und auch viele Menschen zu mir in die Hofburg einladen.

Ich werde auch auf jene Menschen aufmerksam machen, mit denen es das Schicksal nicht so gut gemeint hat, wie Menschen mit Behinderung und gesundheitlichen Beeinträchtigungen.

Ich werde Euch alles, was Ihr mir an Unterstützung, Beistand und Hilfe in diesem langen Wahlkampf geschenkt habt, als Bundespräsident zurückgeben.

Ich habe sicherlich auch Fehler wie alle Menschen, aber ich werde mein Bestes geben, ein guter und verlässlicher Bundespräsident für Alle zu sein.

Denjenigen Menschen, die noch zweifeln oder noch immer überlegen, ob sie mir ihre Stimme geben sollen, möchte ich folgendes ans Herz legen: Ich werde alles dafür tun, dass niemand es bereuen wird, mir seine Stimme gegeben zu haben.

Euer

Norbert Hofer
3. Nationalratspräsident



Landeshauptmann-
Stellvertreter
Dr. Manfred Haimbuchner

Bundespräsident-
schaftskandidat
Ing. Norbert Hofer

Bundespräsidentenwahl:

JEDE STIMME ZÄHLT

FPÖ-Landesparteiobmann LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner ruft alle auf, „am 4. Dezember aktiv vom Wahlrecht Gebrauch zu machen. Jede Stimme zählt. Ich kenne und schätze Norbert Hofer als Freund und als Politiker mit Handschlagqualität. Es kann wieder sehr, sehr knapp werden. Wem unser Heimatland am Herzen liegt, der soll bei dieser Wahl seine Stimme Norbert Hofer geben.“

„Ich kenne und schätze Norbert Hofer als Freund und als Politiker mit Handschlagqualität. Gemeinsam ist uns, dass wir Menschen mögen. Menschen, die aktiv sind, die nicht jammern, sondern beherzt anpacken. Für diese Menschen setzen wir uns ein“, hebt Haimbuchner hervor, dass mit der Stichwahl am zweiten Adventsonntag „unser Land vor einer der wichtigsten Richtungsentscheidungen seit Jahrzehnten steht.“ Unser Kandidat Norbert Hofer wird als Staatsoberhaupt wirklich die Interessen der Menschen in Österreich vertreten. Hofer spricht sich für die direkte Demokratie und für mehr Mitsprache für die Bürger aus. Haimbuchner hebt hervor, dass mit Norbert Hofer „unsere Heimat einen bürgernahen Bundespräsidenten bekommt, der sicherstellt, dass Macht tatsächlich kontrolliert wird. Norbert Hofer kennt die Sorgen der Gemeinden, der Klein- und Mittelbetriebe und der kleinstrukturierten Landwirtschaft. Er ist Garant für die Interessen unseres Landes und vertritt nicht irgendwelche internationale Visionen, die Österreich schaden. Ich weiß, dass Norbert Hofer ein absoluter Europäer

ist. Er ist aber zu Recht der Meinung, dass es Reformen bedarf, um zu einem wirklichen Europa der Vaterländer zu werden.“

„*Macht nicht nur selbst von eurem Wahlrecht Gebrauch. Motiviert eure Verwandten, Freunde, Bekannten und Kollegen, wählen zu gehen und ihre Stimme Norbert Hofer zu geben. Eine Entscheidung für einen Bundespräsidenten Norbert Hofer ist eine Entscheidung für Rot-Weiß-Rot, ist eine Entscheidung für Österreich!*“

Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt
Verlagsort: 4040 Linz

POSTWURFSENDUNG
im Sinne des Parteiengesetzes

Bundespräsidentenstichwahl 2016 RM 16A040884 E

